

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

7. September – 13. September 2024

Nach der Ernennung von Michel Barnier zum Premierminister geht es diese Woche um die Ernennung der neuen Regierung. Barnier kündigte am 11. September an, die Regierung in der kommenden Woche ernennen zu wollen. Es werden mehrere Namen von den Républicains, wie Bruno Retailleau oder Laurent Wauquiez für das Innenministerium genannt, aber auch Olivier Marleix, David Lisnard oder Philippe Juvin. Für das Bildungsministerium wird derzeit Annie Genevard gehandelt. Einige zurückgetretene Minister, wie zum Beispiel Rachida Dati, Catherine Vautrin, Sébastien Lecornu und Gérald Darmanin könnten erneut nominiert werden. Der ehemalige Premierminister Edouard Philippe hat mit seiner Partei Horizons Barnier seine Unterstützung zugesagt. Die Regierung wird laut dem Premierminister „Minister aus dem linken Lager“ umfassen, aber die Kräfte der Neuen Volksfront haben ihre Ablehnung einer Beteiligung erneut betont.

In einer Demonstration gegen die Entscheidung Macrons Michel Barnier als Premierminister zu benennen, den sie als „Putsch des Staatspräsidenten“ bezeichneten sind am 7. September laut Zahlen des Innenministeriums 110.000 Franzosen auf die Straße gegangen. Frankreichweit soll es 150 Demonstrationzüge gegeben haben. 26.000 Personen versammelten sich in Paris. Für den 1. Oktober haben verschiedene Gewerkschaften eine Streikwarnung herausgegeben.

Die Haushaltsplanung ist nach der Ernennung einer neuen Regierung weiterhin das bestimmende Thema der französischen Politik. In einem Brief der Schatzkammer letzte Woche wurde noch einmal die gravierende Situation des französischen Budgets ersichtlich. Demnach könnte sich laut Mitteilung des Schatzamts das Haushaltsdefizit von derzeit 5,5 % auf 6,2 % im Jahr 2025 verschlechtern, obwohl das Wirtschaftsministerium bis vor Kurzem noch geplant hatte, dieses im Jahr 2025 auf 4,1 % zu drücken. Bereits am Samstag, den 7. September, hatte Frankreich in einem Brief an die EU-Kommission darum gebeten, seinen Plan für die Reduzierung des Defizits später als am eigentlichen Stichtag des 20. Septembers senden zu dürfen.

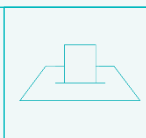
Das französische Sozialsystem, insbesondere die Krankenkasse, versucht seine Kosten erheblich zu senken. Ein großer Kostenpunkt seien u.a. laut den Angaben vom 9. September des Vorsitzenden der Nationalen Krankenkassenversicherung (CNAM), Thomas Fatôme, die gestiegenen Ausgaben für Zahlungen von Arbeitsunfähigkeiten im ersten Halbjahr 2024. Die Behörde kündigte an, die Ausstellung von Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen besser kontrollieren zu wollen. In einem ersten Schritt sollen dazu bis zu 40.000 Versicherte kontrolliert werden, die seit länger als 18 Monaten krankgeschrieben sind. Deren Situation soll überprüft und gegebenenfalls angepasst werden. Wie auch das Budget soll der Entwurf des Finanzierungsgesetzes der Sozialversicherung der Nationalversammlung bis zum 1. Oktober vorgelegt werden.

Drei Anschläge wurden während der Olympischen und Paralympischen Spiele in diesem Sommer vereitelt, wie Olivier Christen, nationaler Antiterror-Staatsanwalt, am 11. September, bekannt gab. Christen berichtete außerdem von einem Anstieg der präventiven Hausdurchsuchungen und Hausarreste vor den Spielen, um Bedrohungen vorzubeugen. Im Jahr 2024 wurden bisher 936 Hausdurchsuchungen durchgeführt; im Jahr 2023 waren es zum Vergleich 153.

Bleibt die olympische Flamme dauerhaft im Pariser Zentrum? Nachdem der Pariser Stadtrat bereits beschlossen hatte, dass die olympischen Ringe auf dem Eiffelturm bleiben, ist es nun der Wunsch, dass auch die olympische Flamme – beziehungsweise der dafür geschaffene Ballon, der jeden Abend auf 60 Metern Höhe über Paris schwebte – dauerhaft Teil des Stadtbilds bleibt. Die Idee wirft jedoch eine Reihe von technischen, finanziellen und kulturellen Problemen auf. Als Kurzzeitprojekt konzipiert, müssten bis zu €1 Millionen investiert werden, um den Ballon langfristig zu erhalten, unabhängig von den dazu kommenden Unterhaltskosten. Schließlich das kulturelle Problem: im Gegensatz zum Eiffelturm, der der Stadt Paris gehört, ist der Jardin des Tuileries und insbesondere der Brunnen, auf dem der Ballon befestigt ist, ein Kulturerbe des französischen Staats. Das Hydrauliksystem des Brunnens wurde im 17. Jahrhundert konzipiert und ist nicht darauf ausgelegt, langfristig die dreitonnschwere Ballonkonstruktion zu tragen.

Emmanuel Macron weht neue Fabrik von Sanofi ein. Der französische Präsident war bereits während der Coronapandemie bei der Grundsteinlegung der Fabrik in der Nähe von Lyon dabei. Der französische Staat beteiligt sich mit € 240 Millionen an den Gesamtkosten von € 500 Millionen. Die Fabrik wird 2025 die Produktion aufnehmen und soll es ermöglichen, bis zu vier verschiedene Impfstoffe oder biomedizinische Medikamente zu produzieren, die vier verschiedene Technologien benötigen: abgeschwächte Lebend-Virusimpfstoffe, Boten-RNA-Impfstoffe, Behandlungen aus der Biotechnologie wie Enzyme oder monoklonale Antikörper.

Die Regierung von Neukaledonien erklärte am 11. September ihren Wunsch, den Klima- und Umweltnotstand in der französischen Inselgruppe im Südpazifik auszurufen. Neukaledonien leidet unter Küstenerosion und einer Zunahme intensiver Wetterphänomene. Die Erklärung des Klimanotstands muss mit einer Anpassungsstrategie einhergehen, die auf einem Forum aus Experten und Mitgliedern der Zivilgesellschaft beruht, das seine Empfehlungen an ein „Kaledonisches Komitee für Klimawandel“ weiterleitet. Dieser soll mit der Verwaltung eines „Resilienzfonds“ beauftragt werden, der externe Finanzmittel von großen Stiftungen zur Unterstützung von Maßnahmen gegen den Klimawandel einwerben soll, heißt es in der Erklärung weiter.



PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN

Die Sozialistische Partei kämpft nach der Ernennung von Michel Barnier als Premierminister gegen die eigene Spaltung an. Der Parteivorsitzende Olivier Faure steht in der Kritik, die Kandidatur von Bernard Cazeneuve, dem ehemaligen Premierminister (2016-2017) von François Hollande, für den Posten des Premierministers nicht ausreichend unterstützt zu haben. Damit habe er indirekt die Ernennung Michel Barniers zum Premierminister beschleunigt.

3	4	7
0	8	5
2	6	1
5	3	2
7	9	1
4	0	6
8	2	1
9	0	6

DIE ZAHL DER WOCHE

€ 110 Milliarden

Das sind die notwendigen Einsparungen, die Frankreich bis 2027 machen muss, um das Defizit des Staatshaushalts wieder auf unter 3 % der Wirtschaftsleistung zu drücken.